

# Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts.  
Vereinigt Alles!

## Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementpreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:  
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III  
Telephon: Amt Königstadt, Nr. 1076.

Inserate pro 3 gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten-, Abonnement- und Verbandsgebühren sind an Otto Sehm s, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 III, zu richten. Postfachkonto Berlin 5386.

**Inhalt.** Taugliche „Untaugliche“. — Durch den Krieg zur höheren Wertung der Mutterschaft. — Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln. — Ein fetter Kriegsgewinn. — Ein Mahnwort an die Mütter der schulentlassenen jugendlichen Arbeitskräfte. — Unterstützung arbeitsloser Textilarbeiter im Gau Brandenburg. — Die freien Gewerkschaften in Deutschland während des Krieges (V). — Die deutsche Arbeiterversicherung im Jahre 1913 (I). — Die Erfahrungen in der modernen Chirurgie (I). — Herr Gardie tot. — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Soziales. — Genossenschaftliches. — Aus Handel und Industrie. — Vermischtes. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Herbst 1915 (Gebicht). — Verächtigung. — Quittung. — Verbandsanzeigen.

### Taugliche „Untaugliche“.

Auch die Untauglichen werden jetzt noch einmal gemustert. Man nimmt an, daß sich das Leiden, das sie damals untauglich machte, bei vielen inzwischen gehoben hat und daß sie nun den verschiedenen Truppenteilen oder wenigstens dem Garnisondienst zugeführt werden können. Andererseits werden täglich viele, die draußen im Felde gestanden haben, als untauglich erklärt oder sie werden nunmehr für den Garnisondienst bestimmt oder als Soldaten für Arbeit in ihrem Berufe. So nimmt der Staat eine systematische Einteilung des Menschenmaterials nach der Gesundheit und den Körperkräften und Fähigkeiten vor. Immer mehr wird gestiebt und organisiert. Draußen die Gesunden und Starken, in den Garnisonen die Schwächeren, und im Arbeitsleben, natürlich mit Ausnahmen, diejenigen, die für jene militärischen Dienste nicht zu gebrauchen oder überflüssig sind.

Daß solche Einteilung nach körperlicher Kraft und Fähigkeit einem gesunden Grundgedanken entspricht, läßt sich nicht leugnen. Jeder auf dem Plage, für den ihn die Natur geschaffen, und da im Kriege die körperliche Kraft und Gesundheit der richtige leitende Maßstab ist, so soll mit Recht jeder auf dem Posten stehen, den seine körperliche Veranlagung erheischt.

Für jeden ist also im militärischen Kriegsorganismus Platz. Wer im Frieden keinen militärischen Platz findet — im Kriege findet er ihn sicher. Warum? Weil auch auf die wirtschaftlichen Kriegsbedürfnisse Bedacht genommen werden muß. Danach werden also alle, auch die Schwächsten, für fähig erachtet, wenigstens wirtschaftliche Kriegszwecke zu erfüllen; denn bei denen, die für den eigenen Kriegsdienst bestimmt werden, wird doch sicher auch die Befähigung zur Erfüllung wirtschaftlicher Zwecke vorausgesetzt. Geht man doch auch mit dem Gedanken, die für den Kriegsdienst nicht mehr tauglichen Verwundeten oder Verstümmelten dem Wirtschaftsleben wieder zuzuführen, womit sie gewiß ganz einverstanden sein werden. Im Wirtschaftsleben gibt es also wohl mehr oder weniger Taugliche, aber keine Untauglichen.

Von dieser Erkenntnis sind auch stets die wirtschaftlichen Organisationen, die den wirtschaftlichen Kampf für die wirtschaftlich Tätigen zu führen haben, ausgegangen. In beiden Kampfslagern, in dem der Unternehmer wie in dem der Arbeiter, hat man stets Wert darauf gelegt, alle wirtschaftlich Tätigen zu erfassen: die Schwachen wie die Starken, die weniger Tauglichen wie die mehr Tauglichen, das „schwache“ Geschlecht wie das „starke“. Der leitende Gedanke dabei ist: je mehr Einzelkräfte in der Organisation vereinigt sind, um so mehr wächst deren Gesamtkraft.

Wie bei der Arbeit, wenn sie planmäßig geregelt ist — woran es freilich bisher noch gemangelt hat —, niemand zu entbehren ist, wenn sie die Bedürfnisse der Menschheit in höchstmöglichem Maße befriedigen soll, so kann auch bei dem Kampf um die bestmöglichen Arbeitsbedingungen niemand entbehrt werden, wenn dieser Kampf das weitestgesteckte Ziel der Kampforganisation erreichen soll. Und das soll doch geschehen. Soll es aber gelingen, so müssen alle, die der Organisation der Arbeit eingereiht sind, auch der Organisation des Kampfes angehören. Und ihr können alle angehören, weil für sie jeder und jede tauglich ist. Und keiner, keine ist entbehrlich. Alle sind — um uns eines kriegstechnischen Ausdrucks zu bedienen — unabhömmlich. Daran hat auch der Krieg nichts geändert; im Gegenteil: er hat ja den Begriff der Unabhömmlichkeit erst wieder neu aufleben lassen. Er läßt so manchen als wirtschaftlich unabhömmlich gelten. Mühten sich unter solchen Umständen nicht alle vom Kriegsdienst Befreiten, weil für wirtschaftlich unentbehrlich geltend, auch in der wirtschaftlichen Kampforganisation für unentbehrlich halten?

Wird auch während des Krieges bei Bewertung und Bezahlung der Arbeitskraft auf ihre Unentbehrlichkeit vielfach die gebührende Rücksicht genommen, so wird dies doch nach dem Kriege sicher viel weniger der Fall sein, besonders in unserer Industrie, wo ja nicht einmal die Kriegskonjunktur den Verdienst in nennenswertem Maße erhöht hat. Nach dem Kriege wird die wirtschaftliche Kampforganisation für uns also eine zwingende Notwendigkeit sein. Und jeder Berufsgenosse mühte sich deshalb für jetzt und später in ihr für unentbehrlich halten.

Ja, so mühte es sein! Leider ist es aber anders. Viele glauben gerade jetzt in der Organisation entbehrlich zu sein. Sie müssen von ihrer Rolle, die sie in der Organisation gespielt haben oder spielen könnten, eine sehr geringe Meinung haben, ihre Persönlichkeit überhaupt nur gering einschätzen, sonst würden sie gewiß ganz anders handeln. Das gilt wenigstens von denen, die sich nicht darauf berufen können, daß sie einen so geringen Verdienst haben, der ihnen eine regelmäßige Beitragsleistung an die Organisation nicht erlauben würde. Gerade sie, die vielleicht noch über das Durchschnittsmaß Beschäftigung und Verdienst haben — wenn auch gegen früher weniger —, sollten jetzt zeigen, daß sie sich in der wirtschaftlichen Kampforganisation für unabhömmlich halten; sollten zeigen, daß sie sich bewußt sind der großen Aufgaben, welche die Organisation nach der durch den Krieg erzwungenen Kampfpause zu erfüllen haben wird. Wer diese seine Aufgaben erkannt hat, der darf jetzt die Organisation nicht verlassen, sondern muß um so treuer zu ihr halten, je größer die Zahl derer wird, die tatsächlich den Beitrag nicht mehr leisten können. Diese gehören der Organisation immer noch im Geiste an und warten nur auf die Zeit, wo sie in ihr wieder die gewohnten Pflichten erfüllen können. Sie sind und handeln nicht pflichtvergessen, sondern geben nur einem unübersteiglichen Druck nach, verurteilen und verdammen aber die wirkliche Pflichtvergessenheit der anderen, die ohne Not und ohne Grund die Organisation gerade in einer Zeit verlassen, wo sie ihrer am nötigsten bedarf, weil die materiell wirklich Gedrückten sie schon aufgeben mußten. Wollen sie, die vom Unglück am meisten Verschonten, den schwerer Betroffenen in dieser schlimmen Zeit nicht Tröster und Helfer sein? Sie, auf die die am meisten Gedrückten am sichersten gebaut haben? Sie, von denen das Schicksal der Organisation abhängt, das sie mit Bewußtsein leiten und lenken können? Haben sie kein Verständnis für die Größe, für die Höhe der Mission, die sie erfüllen sollen, erfüllen können, sie allein erfüllen können, weil ihre Kollegen und Kolleginnen durch den Krieg schon wirtschaftlich niedergedrungen sind?

Und die anderen, die sich schon in Friedenszeiten als für den wirtschaftlichen Kampf untauglich „ausgemustert“ haben, wollen sie sich nicht noch einmal daraufhin „nachmustern“, ob sie sich nicht in der Kriegszeit uns als Kämpfer anschließen sollen?

Seltene Frage! werden sie ausrufen. Gerade jetzt, wo die Organisation wenig oder gar nichts leisten kann, sollen wir uns ihr anschließen?

Nun, so ganz leistungsunfähig war die Organisation in dem verflochtenen Kriegsjahr nicht, wenn sie auch keine großen Kämpfe führen konnte. Sie hat aber um so mehr im Kleinen mit Erfolg gewirkt. Sie hat speziell in den ersten Kriegsmoaten in vielen Fällen Verschlechterungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis abgewehrt und auch nach Einsetzen der Kriegsaufträge die Interessen der Mitglieder nach Kräften wahrgenommen. Groß sind die Summen, die dadurch der Arbeiterschaft erhalten blieben resp. ihr neu zugeführt wurden. Sie hat sich auch für eine bessere Regelung der Arbeitsvermittlung ins Zeug gelegt und die Unterstützung der arbeitslos gewordenen Arbeiter und Arbeiterinnen aus öffentlichen Mitteln in die Wege leiten helfen. Ihrem Drängen ist es zum guten Teil zu verdanken, wenn die Unterstützung der Kriegerfrauen allmählich eine bessere geworden ist. Auch die neue Regelung der staatlichen Unterstützung darf zu einem nicht geringen Teil den Gewerkschaften zum Verdienst angerechnet werden. Und dann erst in der Frage der Lebensmittelförderung. Sind da nicht gerade die gewerkschaftlichen Organisationen und ihre Organe das Sprachrohr gewesen, das den nur zu sehr berechtigten Beschwerden und Forderungen der Arbeiter in beredeter und energischer Weise Ausdruck verlieh? . . . Gegenwärtig ist unser Verband wieder dabei mittätig, unseren durch die Krise in unserer Industrie in Not geratenen Mitgliedern Freund und Helfer zu sein. Er hat mit seinen Bruderverbänden darauf zu drängen, daß den arbeitslos gewordenen Arbeitern und Arbeiterinnen möglichst anderweitig Arbeit verschafft und, soweit das nicht möglich ist, ihnen eine ausreichende Unterstützung aus öffentlichen Mitteln gewährt wird. Sind das alles keine Erfolge?

Und dann: Wollen die uns jetzt noch nicht Angehörenden nach dem Kriege auch noch „Aurhaine“ bleiben, wenn es gelten wird, durch höhere Arbeitslöhne die „Kriegskosten“ zu decken zu suchen, die uns eine schamlose Wuchererei auferlegt hat? Sie, die doch stets mit jedem Groschen so geizten?!

Wir glauben nicht. Dann werden sie sich aber bequemem müssen, gerade jetzt sich uns anzuschließen; denn wenn sie erst kommen, wenn der Kampf beginnen soll, dann werden unsere Reihen nicht rechtzeitig genug verstärkt sein — und der Kampf für höhere Löhne wird dann weniger Erfolg haben. Dann müssen aber auch die der Organisation Fernstehenden auf eine nennenswerte Besserung ihrer Lage verzichten. Wollen sie das? Wir glauben nicht. Allen denen, die uns angehören, die uns schon angehört, wie denen, die uns fernstanden und noch fernstehen, sei gesagt:

Wenn unmittelbar nach dem Kriege die Textilarbeiter und -arbeiterinnen gut organisiert sind, werden sie sich vielleicht die Geltung verschaffen können, die sich andere Berufe schon während des Krieges verschaffen konnten. Wenn nicht, dann nicht. Dann wird die glänzende Konjunktur, die der Textilindustrie winkt, vorübergehen, ohne daß deren Arbeiterschaft davon nennenswerten Nutzen hat. Wer dann nicht beizzeiten gesät hat, wird nicht ernten können. Je ausgiebiger die Saat aber in der Organisation sein wird, um so reicher wird die Ernte sein an wohlverdientem Arbeitslohn — durch die Organisation.

### Durch den Krieg zur höheren Wertung der Mutterschaft.

Der in den letzten Jahren beobachtete ständige Geburtenrückgang in Deutschland hat die Kreise der Ärzte und Sozialpolitiker schon immer lebhaft beschäftigt. Die Erhaltung des Nachwuchses des Volkes gewinnt aber in der gegenwärtigen Zeit eine erhöhte Bedeutung, weil der sich ständig verringern Geburtenziffer eine durch den Krieg bedingte ungeheure Zunahme der männlichen Sterblichkeitsziffer gegenübersteht. Es ist darum auch verständlich, daß bei den Beratungen über die Fürsorge der Hinterbliebenen gefallener Krieger, die seit langem schon alle an der Förderung des Volkswohles interessierten Parteien, Berufsgruppen und Vereine beschäftigt, die Frage, ob jüngere Kriegerwitwen, die Mütter sind, unter Beihilfe des Reiches für eine gewisse Zeit für die Pflege und Erziehung ihrer Kinder freizustellen sind, lebhaft erörtert wird.

Die am 16. bis 17. April dieses Jahres im Reichstage abgehaltene Tagung, die sich mit der „sozialen Fürsorge für Kriegerwitwen und -waisen“ beschäftigte, gab beachtenswerte Anregung dazu. Eine für Ende Oktober angelegte Tagung für „Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft“ wird, entsprechend der festgesetzten Tagesordnung, dieser Frage zweifellos auch eine eingehende Behandlung angedeihen lassen müssen.

Den Säuglingen und noch nicht schulpflichtigen Kindern soll durch „Pflegergeld für Kriegerwaisen“, die von den Gemeinden unter staatlicher Beihilfe gezahlt werden sollen, die mütterliche Fürsorge erhalten werden. Dadurch erhält die Mutterschaft eine erhöhte Wertung. Erreicht soll dadurch werden, daß die Mütter kleiner Kinder, die sich des Mutterberufes fähig und würdig erwiesen, diesem Beruf ungefeilt erhalten bleiben, und daß Frauen nicht den Arbeitsmarkt belasten, die, weil sie Mütter kleiner Kinder sind, keine vollwertigen Arbeitskräfte sein können. Es soll, der Presse zufolge, eine Eingabe an den Bundesrat und Reichstag ergangen sein, in der staatliche Beihilfe gefordert wird, damit die Gemeinden diese Fürsorge ausüben können.

Pflegergeld sollen unbemittelten Kriegerwitwen mit einem Säugling bis zu einem Jahre und solchen mit mehr als zwei Kindern, von denen aber mindestens eins noch nicht schulpflichtig ist, gezahlt werden, wenn sie Kriegsunterstützung erhalten haben und ihr und ihres Mannes Gesamteinkommen im Jahre vor dem Dienstantritt des Mannes als Kriegsteilnehmer eine noch festzusetzende Summe nicht überstiegen hat oder, wenn das ihr nach dem Tode des Mannes verbliebene Gesamteinkommen nur einen ebenfalls noch festzusetzenden Teilbetrag des ortsüblichen Tagelohnes für erwachsene männliche Tagearbeiter ausmacht. Von diesem Gesamteinkommen soll etwaiger Verdienst aus solchem Erwerb, den die Witwe unter dem Druck der Not während des Krieges ergriffen hat, abgezogen werden.

Die Zahlung des Pflegergeldes soll bei Witwen mit einem Säugling nach Ablauf der Reichsmoatenhilfe beginnen, bei Witwen mit mehr als zwei Kindern, darunter mindestens ein noch nicht schulpflichtiges, mit dem Tode des Kriegsteilnehmers.

Die Pflegergeld sollen nach dem Ortslohn für erwachsene männliche Tagearbeiter bemessen werden, jedoch in einer Höhe, die es der Mutter gestattet, ihre vollen Kräfte unter Ausschluß der Erwerbsarbeit auf die Pflege ihrer Kinder zu verwenden.

Die Gemeinden sollen die in Betracht kommenden Kriegerwitwen bestimmen. Die Auswahl derselben soll durch die Organe der kommunalen Verwaltung in der Weise erfolgen, daß die Gelder nur an solche Mütter zur Auszahlung gelangen, die für die Erziehung ihrer Kinder geeignet erscheinen. Die gemeindlichen Organe haben auch die dauernde Aufsicht über die Kriegerwitwen zu führen und sollen ihnen, wenn diese ihren Pflichten gegenüber ihren Kindern nicht nachkommen, die Pflegergeld entziehen können.

Nach dieser Eingabe sollen also jungen Kriegerwitwen ihre eigenen Kinder gegen Entgelt aus staatlichen Mitteln in Pflege gegeben werden. Damit ist die Mutterschaft als Beruf anerkannt, der zudem für bedürftige Kriegerwitwen noch den Vorzug hat, daß er außer allem Wettbewerb steht.

Die Vereinigungen und Verbände, die hinter dieser Eingabe stehen, verlangen damit von Staat und Reich die Ueber-

nahme sozialer Pflichten, die die Gesamtheit für die Kinder der Volksgenossen zu erfüllen hat, die der unerbittliche Krieg dahinraffte.

Selbstverständlich werden die in der Eingabe gemachten Vorschläge noch einer gründlichen Prüfung und Durcharbeitung bedürfen. Wie durch Erhaltung des Nachwuchses der durch den Krieg verursachte furchtbare Verlust an jugendkräftigen Menschen materiell auszugleichen ist, das wird gezeigt. Durch Zahlung von Pflanzgeldern würden die Mütter entschädigt für die Arbeit, die sie durch Pflege und Erziehung ihrer Kinder der Allgemeinheit leisten.

Ist mit dem hier Gesagten auch noch keine feststehende Tatsache wiedergegeben, so ist es doch für die arbeitende Arbeiterin von großer Bedeutung, zu wissen, daß alle arbeiterfreundlichen Kreise bemüht und bestrebt sind, die Regierung vorwärts zu treiben zu Maßnahmen, die neben den schon durch Gesetz festgelegten Rentenbezügen die Existenz der Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer zu erleichtern geeignet sind.

Ob solche Maßnahmen durchgeführt werden, das wird aber von der Stärke und Macht der Organisationen, die sich für sie einsetzen, abhängen. Die Gewerkschaftsorganisationen werden es nicht daran fehlen lassen.

Es kann deshalb gar nicht häufig genug darauf verwiesen werden, wie notwendig gerade den Arbeiterinnen die Gewerkschaftsorganisation ist. Auf dem Gebiete der Fürsorge für die Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer haben die Organisationen überhaupt noch große Aufgaben zu lösen. Sie werden diese Aufgaben mit um so größerem Erfolg lösen können, je stärker die Mitgliedschaft ist, die sich in ihnen vereinigt. Deshalb sollten gerade die Arbeiterinnen alles verfolgen, was über die Fürsorge der Kriegswitwen und -waisen in unserem „Textilarbeiter“ veröffentlicht wird. Sie sollten auch unausgesetzt verbend und aufläuternd unter ihren Mitarbeiterinnen für die Gewerkschaftsorganisation, d. h. für unseren Verband, wirken. Handelt es sich doch dabei, wie sie sehen können, um ihre ureigenste Sache.

Martha Soppa.

### Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln.

Man schreibt uns:

Der Ausgang des gegenwärtigen Krieges für Deutschland wird nicht nur abhängen von dem Erfolg unserer Waffen, strategischer Ueberlegenheit deutscher Heerführer und der Tapferkeit unserer Truppen, er wird auch erheblich beeinflusst durch gutes Funktionieren der Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung. Durch die Absperrungsmäßigkeiten, die England herbeigeführt hat, werden der Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Lebensmitteln starke Schwierigkeiten bereitet. Es muß versucht werden, möglichst mit den im Lande befindlichen Vorräten und im eigenen Lande erzeugten Lebensmitteln auszukommen.

Dies ist bei einer Bevölkerung von 70 Millionen, deren Bedarf zu einem Teil auf die Einfuhr bestimmter Artikel vom Auslande zugeschnitten war, keine leichte Aufgabe. Mit den getroffenen Maßnahmen kann namentlich die arbeitende Bevölkerung nicht immer einverstanden sein. Wiederholt ist deshalb auch in unserer Zeitung auf Fehler und Unterlassungen in der Regierungskreise in dieser Frage aufmerksam gemacht und Protest dagegen erhoben worden; denn die Arbeiterschaft leidet schwer unter diesen Kriegsfolgen, und für große Massen werden gesundheitliche Schädigungen durch Unterernährung nicht ausbleiben.

Um so erfreulicher ist es, daß die Arbeiterschaft selbst imstande war, durch ihre Organisationen auch auf diesem Gebiete in für die besitzlose Bevölkerung günstigem Sinne zu wirken und so wenigstens zu einem Teile beizutragen, daß ihre Interessen bei den Anpassungsmaßnahmen für den Lebensbedarf berücksichtigt werden.

Diese Wirkung üben die Konsumgenossenschaften aus. Auch dieser Organisation, die ihren Stützpunkt in der Arbeiterschaft hat, waren vor dem Kriege in ihrer Entwicklung große Schwierigkeiten bereitet worden. Sie wurden ebenfalls als sozialistische und deshalb staatsfeindliche Bestrebungen von der Regierung und vielen Behörden bekämpft wie auch die Gewerkschaften. Trotzdem entwickelten sie sich und konnten ihren Umsatz von Jahr zu Jahr steigern.

Es ist dies auch nur zu natürlich. Die Konsumgenossenschaften sind darauf bedacht, ihren Mitgliedern gute Waren zu einem Preise zu beschaffen, der nicht durch private Gewinnsucht beeinflusst ist. Neben der Warenbeschaffung erstreben die Genossenschaften auch die Herstellung von Gebrauchsgegenständen zu gesundheitlich einwandfreien Bedingungen, was ihnen z. B. in einer Reihe von Städten bei der Herstellung von Brot und anderen Nahrungsmitteln in eigenen Betrieben in glänzender Weise gelungen ist.

Die Leistungen der Genossenschaften veranlaßten deshalb immer mehr Arbeiterfamilien, namentlich Arbeiterfrauen, die Mitgliedschaft zu erwerben, denn nur an Mitglieder durften bis zum Kriegsbeginn Waren abgegeben werden. Vor dieser Zeit zählten die Konsumgenossenschaften bereits 1 650 000 Mitglieder, und sie hatten im Jahre 1913 einen Warenumsatz von nahezu 675 Millionen Mark.

Daß die Haltung einer so großen Konsumentenorganisation einen Einfluß auf die Gestaltung des Warenmarktes ausüben kann, muß bei einiger Ueberlegung auch dem Laien einleuchten. In der Tat haben denn auch die Konsumgenossenschaften bis zu einem gewissen Grade preisbildend während der Kriegszeit gewirkt. Sie beteiligten sich nicht an der Verteuerung der Lebensmittel, die vielfach sofort einsetzte, als in den letzten Tagen vor Kriegsbeginn die Lebensmitteläden von den verängstigten Hausfrauen so stark in Anspruch genommen wurden. Auch nach der Kriegserklärung, als Höchstpreise für einzelne Waren festgesetzt worden waren und in der Praxis unter diesem Preise meist keine Waren abgegeben wurden, verkauften die Konsumgenossenschaften noch immer zu den alten Preisen. Sie taten es so lange, bis sie selber beim Einkauf die Waren teurer bezahlen mußten und dadurch natürlich zu einer Preiserhöhung gezwungen waren. So war lange Zeit z. B. das Brot erheblich billiger in den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaften als in vielen Wädeläden, und manche Hausfrau wäre gerade in der Kriegszeit Mitglied der Genossenschaft geworden, wenn nicht jetzt die Beschränkung aufgehoben gewesen wäre, die Warenabgabe nur an Mitglieder gestattete. Nicht jede Käuferin sieht aber ein, daß sie

durch ihren Beitritt die Leistungsfähigkeit der Genossenschaften erhöhen hilft, sondern sie begnügt sich mit dem Vorteil, den ihr andere durch ihre Zugehörigkeit zur Organisation verschafft haben.

Die Kaufbedingungen in Geschäften mit so großem Warenumsatz, wie ihn die Genossenschaften aufweisen, können aber nicht ohne Einfluß auf die anderen Geschäfte bleiben. Auch sind die Genossenschaften als Käufer in der Lage, auf die Bedingungen im Großhandel zu wirken. Und sie haben von dieser Möglichkeit nach Kräften Gebrauch gemacht, auch ihre Erfahrungen Regierungskreisen und Behörden zur Kenntnis gebracht, und diese dadurch unterstützt in ihren Bemühungen, dem Nahrungsmittelwucher zu begegnen. Außerdem stellten sie ihre Läden und sonstigen Hilfsmittel den Behörden bereitwillig zur Verfügung bei dem Vertrieb der von diesen beschafften Lebensmittel. Auf der diesjährigen Generalversammlung der Konsumgenossenschaften, die im Juni in Frankfurt a. M. tagte, hob der dortige Bürgermeister in der Begrüßungsansprache ausdrücklich hervor, daß die Behörden die Aufgabe, die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu erschwinglichen Preisen zu versorgen, nicht hätten erfüllen können, wenn nicht die Konsumgenossenschaften als Vorbild und als Hilfskräfte vorhanden gewesen wären.

Es muß die Mitglieder der Genossenschaften mit Stolz und Freude erfüllen, wenn sie sehen, daß genossenschaftliches Wirken solche Resultate erzielen kann und erzielt hat. Ein recht bitterer Tropfen aber ist die Erkenntnis, daß eigentlich doch erst ein recht kleiner Teil der arbeitenden Bevölkerung von der Genossenschaftsbewegung erfasst ist und ihr Einfluß ein ganz anderer sein könnte, wenn erst die große Masse den Wert des Genossenschaftswesens erkannt hätte. Gerade in der Kriegszeit mit ihrer Verteuerung, die nicht nur eine Folge der Grenzsperrung ist, wirkt diese Erkenntnis doppelt betrübend.

Bis jetzt ist die Eigenproduktion z. B. noch verhältnismäßig gering. Zwar arbeiteten im Vorjahre bereits 4604 Personen in eigenen Betrieben der Genossenschaften bei der Warenerzeugung. Was bedeutet diese Ziffer aber im Vergleich zum Bedarf der Massen, die bei Ausdehnung der Eigenproduktion auch die Gewissheit hätten, daß für eine erhebliche Zahl Männer und Frauen geregelte und vorbildliche Arbeitsbedingungen geschaffen sind.

Daher bedeutet die Ausdehnung des Mitgliederkreises der Konsumgenossenschaften nicht nur Vergrößerung ihres Umsatzes, sondern zu gleicher Zeit erhöhter Einfluß des konsumierenden Publikums auf die Arbeitsbedingungen und den Warenmarkt, was für die arbeitende Bevölkerung von großer Wichtigkeit ist. Die Kriegszeit hat uns dafür die besten Beweise gebracht.

### Ein fetter Kriegsgewinn.

Die Schlesiensche Textilwerke Methner u. Frahnke A.-G. in Landeshut i. Schl. erzielten in dem am 30. Juni 1915 abgelaufenen Geschäftsjahre einen Fabrikationsgewinn von 2 881 284 Mk. (i. B. 1 321 943); Grundstücke erbrachten 12 352 Mk. (12 122); der Vortrag aus dem Vorjahre belief sich auf 44 992 Mk. (45 862). Die Unkosten stellten sich auf 503 448 Mk. (403 487). Zinsen erforderten 25 374 Mk. (75 050). Für Talonsteuer wurden wieder 6250 Mk. zurückgestellt. Die Abschreibungen werden von 267 371 Mk. auf 757 959 Mk. erhöht. Darunter befinden sich 255 959 Mk. reguläre Abschreibungen und 502 000 Mk. Extraabschreibungen. Diese Extraabschreibungen werden mit der besonderen Inanspruchnahme einiger Betriebsabteilungen aus Anlaß der ungewöhnlich starken Produktion begründet. Der Ueberchuß stellt sich auf 1 645 597 Mk. (i. B. 627 760). Hieraus sollen 14 Proz. (8 Proz.) Dividende ausgeschüttet werden, was 875 000 Mk. (500 000) erfordert. Der Reservefonds B erhält 100 000 Mk. (40 000); der Spezialreservefonds C 50 000 Mk. (—), der Unterstützungsfonds 50 000 Mk. (15 000), der Kriegswohlfahrtsfonds 100 000 Mk. Die Tantieme erfordert 90 160 Mk. (27 777). Auf neue Rechnung werden 380 436 Mk. vorgetragen.

Ueber die Ursache der Gewinnsteigerung äußert sich die Verwaltung dahin, daß sie bei Beginn des Geschäftsjahres über ansehnliche Bestände von Rohmaterial, Garnen und Waren verfügte. Bei Kriegsausbruch wurde die Nachfrage sehr lebhaft, und der größte Teil der Lagerbestände konnte vorteilhaft abgesetzt werden. Sämtliche Betriebe arbeiteten mit bedeutend erhöhter Produktion. Der Weberei und Näherei kam eine rechtzeitig durchgeführte Betriebserweiterung zufluten. In der Bilanz erscheinen Grundstücke mit 1 375 000 Mk. (1 450 000), Arbeiterhäuser mit 350 000 Mk. (315 000), Maschinen mit 650 000 (1 085 000), elektrische Anlage mit 2 Mk. (40 000), Kasse mit 13 757 Mk. (10 356), Wechsel mit 26 198 Mk. (14 309). Der Effektenbestand stieg durch Zeichnung von Kriegsanleihen von 110 239 Mk. auf 2 094 114 Mk.; dagegen gingen die Bestände infolge Realisierung des Warenlagers zurück. Fertige Waren wurden mit 1 000 107 Mk. (2 690 687) bewertet. Leinengarne mit 622 363 Mk. (932 913), Baumwollgarne mit 140 113 Mk. (110 806). Das Spinnmaterial in den Spinnereien wird mit 8 907 46 Mk. (1 320 307) aufgeführt, das Betriebsmaterial mit 103 007 Mk. (121 743). Debitoren schuldeten 2 692 193 Mk. (1 514 949). Unter den Passiven erscheinen bei einem Aktienkapital von 6 250 000 Mk. die Kreditoren mit 542 739 Mk. (761 661) und die Hypotheken mit 104 500 Mk. (654 709). Diese Abnahme hängt mit der Rückzahlung verschiedener Grundbuchschnulden zusammen. Nach Angabe der Verwaltung sind jetzt sämtliche Fabrikanlagen hypotheckenfrei. Die festverzinslichen Darlehen werden mit 277 937 Mk. (365 351), die Fabrikparasse mit 138 246 Mk. (109 909) aufgeführt. Wie die Verwaltung mitteilt, sind die Betriebe einftweilen mit Rohstoffen versehen, und die Beschäftigung ist für die nächste Zeit durch Aufträge gesichert.

Es ist recht lehrreich, sich diesen Geschäftsbericht noch etwas näher zu betrachten. Es handelt sich bei dieser Firma um eine erst im Jahre 1907 gegründete Aktiengesellschaft, deren Gründer die Geheimen Kommerzienräte Paul Methner und Heinrich Frahnke in Landeshut i. Schl. waren. In die Gesellschaft wurden eingebracht die Betriebe der vormals offenen Handelsgesellschaft Gebr. Methner in Landeshut i. Schl., Waldenburg, Christianstadt, Buchvorwerk, sowie die Gypnerischen Fabriken. Seitdem sind noch mehrere Betriebe, darunter die Seidenweberei in Landeshut, hinzugekauft worden. Es handelt sich hier um eine Firma, welche, wie obige Bilanz zeigt, als eine der bestfundiertesten, wenn nicht die bestfundierteste

der Leinenbranche in Deutschland bezeichnet werden muß. Die Maschinen der vielen, zum Teil sehr großen Betriebe sehen nur noch mit 650 000 Mk. zu Buch. Die elektrische Anlage, die im Vorjahre noch mit 40 000 Mk. zur Buch stand, ist herabgeschrieben auf 2 Mk. Ebenso sind die zahlreichen Grundstücke mit den umfangreichen Fabrikgebäuden, die mit 1 375 000 Mk. zu Buche stehen, weit unter ihrem wirklichen Wert verbucht. In vorstehendem Bericht, den wir dem „Berliner Tageblatt“ entnommen haben, wird gesagt, daß die Fabrikanlagen von 11 f t ä n d i g h y p o t h e k e n f r e i s i e n. Den 3 250 000 Mk. Aktienkapital stehen nur 542 739 Mk. Kredite gegenüber. Der Reingewinn ist in dem abgelaufenen Jahre noch um über eine Million Mark größer wie im Vorjahre, trotzdem nicht weniger wie 3/4 Millionen Mark zu Abschreibungen und Extraabschreibungen verwandt wurden. Dem Reservefonds A ist nicht nur ein solcher unter B, sondern auch unter C gefolgt. An Tantieme werden nicht weniger wie 90 000 Mk. ausgeworfen. Und auf neue Rechnung, d. h. als vorbehaltener Gewinnhappen für das laufende Jahr, wird die „Kleinigkeit“ von 380 436 Mk. vorgetragen.

Man muß wirklich sagen, hier bringt der Krieg das Gold ins Haus. Wie aber sieht es auf der anderen Seite, wie sieht es bei den Arbeitern jener Firma aus? Nun, wer in Landeshut i. Schl. war, wer dort in Friedenszeiten die abgehärmte, abgerackerte, von der Schwindsucht und Strophulose zermürbte Arbeiterschaft gesehen hat, der weiß, daß dort jetzt, bei der furchtbaren Verteuerung, namenloses Elend herrschen muß. Der wird dann aber auch verstehen, warum vor einigen Monaten, als sich die Textilunternehmer in Schlesien zu der Verteuerungszulage von 2—4 Mk. pro Monat bereit erklärten, ein Kommunalbeamter ganz erstaunt war, mit dem Kopf schüttelte und rief: „Pro Monat? Ich hatte angenommen pro Woche!“ Jawohl, es wäre sehr gut gegangen, den in härtester Not befindlichen Arbeitern pro Woche eine Zulage von 2—4 Mk. zu geben. Das zeigt die obige Bilanz. Auch heute ginge es noch. Die 380 000 Mk. Gewinnvortrag, unter die notleidende Arbeiterschaft verteilt, leisteten heute dem Vaterland hundertmal größere Dienste, als ihre Aufsparrung für zukünftige Dividende. Ob es wohl den Aktionären zu dieser Vaterlandsliebe reichen wird?

### Ein Mahnwort an die Mütter der schulentlassenen jugendlichen Arbeitskräfte.

Für Zehntausende von Knaben und Mädchen ist mit der Schulentlassung ein Abschnitt ihres Lebens beendet. Da werden die Eltern wieder vor die Notwendigkeit gestellt, den Kindern behilflich zu sein, geeignete Plätze zu finden, die sie befähigen sollen, später einmal den Lebensunterhalt selbst zu erwerben.

Soweit die Kinder selber Wünsche für ihre Berufswahl äußern, stützen sich diese in der Mehrzahl aller Fälle auf das, was sie in Bekanntenkreisen gelegentlich über diesen oder jenen Beruf gehört haben. Selten nur sind sie von berufsvertrauten Personen eingehend über den Beruf unterrichtet und ist dabei von geeigneter Seite gepriift worden, ob der Junge oder das Mädchen auch den Anforderungen gewachsen ist. Die Kinder sind in der Regel auch gar nicht in der Lage, zu wissen, ob das Interesse für die Arbeit, für die sie glauben, sich zu interessieren, bleiben wird, wenn sie die Arbeit in allen Einzelheiten erst kennen lernen und praktisch darin tätig sind. Sehr oft hängt die Berufswahl auch von Zufälligkeiten ab. Jemandem Verwandter oder Bekannter der Familie ist in der Lage, das Kind in dem Betriebe anzubringen, wo er arbeitet, und schon ist die „Berufswahl“ erledigt und die Eltern sind wenigstens diese Sorge los.

Diese Form der Berufswahl soll jetzt möglichst beseitigt werden durch Berufsberatungsstellen, die bereits für eine Reihe von Berufen in einer Anzahl Städte vorhanden sind und meist mit der Schule in Verbindung stehen. Leider fehlt in diesen Berufsberatungsstellen aber der Einfluß der Arbeiter, die wegen ihrer praktischen Kenntnis des Berufslebens und der Verhältnisse der Arbeiterfamilien dort sicher wertvolles leisten können. Heute wird vielfach versucht, jugendliche Arbeitskräfte durch die Berufsberatungsstellen für Gewerbe und Arbeitsarten zu gewinnen, die von der modernen Industrie längst überholt sind und die deshalb und aus verschiedenen anderen Gründen keine besondere Anziehungskraft mehr auf die in das Erwerbsleben eintretenden Personen ausüben.

Verhältnismäßig neu sind Berufsberatungsstellen für Mädchen. Hier ist besonders groß der Einfluß der Frauen aus bürgerlichen Kreisen, die danach streben, dem weiblichen Geschlecht alle Berufe zu erschließen und dies Ziel dadurch zu erreichen suchen, daß sie für die verschiedensten Erwerbszweige eine mehrjährige Lehrzeit auch für die Mädchen fordern. In verschiedenen Berufen, z. B. für die Schneiderei, die Buchmacherei, das Friseurgewerbe, in einigen Städten auch für Wäschenähen und Stickerie sind diese Forderungen bereits verwirklicht worden.

Es ist nun ohne Zweifel richtig, daß bis vor kurzem noch Frauen aus Gewohnheit oder falscher Ansicht von Berufen ausgeschlossen blieben, die sich auch für sie eignen. Hier hat der Krieg und das Fehlen genügender männlicher Arbeitskräfte erst Wandel geschaffen. Ebenso richtig ist, daß für weibliche Arbeitskräfte ganz allgemein andere Ausbildungsmethoden üblich sind, als sie für männliche Kräfte angewendet werden. Nicht richtig aber ist, daß die für männliche Arbeitskräfte übliche Ausbildungsmethode nun auch für die Lernenden praktisch ist. Die Arbeiterfamilien wissen, wie oft die armen Jungen in der langen Lehrzeit zu allerhand Arbeitsleistungen herangezogen worden sind, nur nicht zu denen, die ihnen wirkliche Kenntnis der Berufsarbeiten bringen können. Die Lehrzeit muß aber stets entweder ganz umsonst oder gegen nur geringes Kostgeld an die Lernenden verbracht werden. Wenn deshalb die längere Lehrzeit allgemein auch für die Mädchen eingeführt wird, so hängt damit zusammen, daß auch diese in Zukunft eine längere Zeit als bisher ohne oder nur gegen ganz geringe Entschädigung beschäftigt werden sollen. Darin liegt vor allen Dingen die Gefahr für die jugendlichen Arbeitskräfte und auch für die Arbeiterfamilien.

Bestrebungen von Hausfrauenorganisationen sind im Gange, für Dienstmädchen eine längere Lehrzeit einzuführen, in der natürlich ein erheblich geringeres Entgelt für die Arbeit geleistet werden soll, als sonst gezahlt wird. Diese Lehrzeit

bedeutet für diese Berufsgruppe solange eine wirtschaftliche Schädigung, wie es an einer guten Organisation für Dienstmädchen fehlt, die dafür sorgen kann, daß die Lehrzeit nicht nur eine billige Verwendung der Arbeitskräfte bedeutet.

In einer Zeit, die der arbeitenden Bevölkerung schon so große Lasten auferlegt und die Lebensbedingungen erschwert, ist es doppelt nötig, jede weitere Erschwerung nach Möglichkeit fernzuhalten.

### Unterstützung arbeitsloser Textilarbeiter im Gau Brandenburg.

Um diese Unterstützung, die entweder in Geldmitteln oder in Zuweisung von Arbeit bestehen kann, in die Wege zu leiten, hat Kollege Gauleiter Koske vom 25. August bis zum 25. September in 14 Orten Besprechungen mit Vertrauenspersonen aus unserem Verbands abgehalten. In allen diesen Besprechungen war der Geist ein gehobener und zeigte sich die Bereitschaft, durchzuhalten. In allen Sitzungen wurde beschlossen, Kommissionen zu bilden, die sich beim Bürgermeister des Ortes für die Arbeitslosen verwenden sollten, damit ihnen nötigenfalls Unterstützung aus Reichsmitteln zubilligt würde. Die Verbandsvertreter sollten auch beim Regierungspräsidenten vorstellig werden.

Überall wurden die Verbandsvertreter wohlwollend empfangen, wenn man sich auch an manchen Stellen ausnahmsweise ihnen gegenüber gebärdete, als wäre man ihre Mitwirkung bei der Unterstützungsaktion als unwillkommen an. Vielfach wurden sie aber direkt willkommen geheißen, was uns über die unrühmlichen Ausnahmen hinwegtröstete. Ein besonders liebenswürdiger Empfang wurde den Vertretern (hier der drei Textilarbeiterverbände: Deutsch, Christlich, S.-D.) beim Regierungspräsidenten zuteil. Die Konferenz fand am 15. September statt. Der Herr Regierungspräsident erklärte, es freue ihn außerordentlich, daß man zu ihm gekommen sei. Er hielt es für seine Pflicht, in der Sache etwas zu unternehmen und sei zur Teilnahme an einer weiteren Konferenz gern bereit. Er halte es nach Anhörung der Arbeitervertreter für notwendig, daß in der bezeichneten Richtung etwas unternommen werde.

Aus den Besprechungen mit den Herren Bürgermeistern sei hinsichtlich der mit dem Herrn Oberbürgermeister von Kottbus, Dreifert, hervorgehoben, daß der Herr zwar meinte, was unsere Vertreter vorschlugen, bestände schon, und die Provinzialbehörde, der Landesverband, die Ortsbehörden und der Verband märkischer Arbeitsnachweise hätten in der Sache schon Vorzügliches geleistet, es werde jedoch gut sein, man wende sich auf schnellstem Wege an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg in Potsdam. „Was Sie bisher getan haben, war richtig.curso weiter! Dann wird aus der Sache schon was werden.“

Und Kommerzienrat Ephraim, der als Vorsitzender des Fabrikantenvereins für die Niederlausitz an der Besprechung teilnahm, erklärte, eine Unterstützung aus Reichsmitteln sei dringender notwendig.

Zum Schluß sei noch eine Erklärung des Vorsitzenden des Fabrikantenvereins zu Neudamm, Herrn Fleißner, verzeichnet: „Wir haben in unserer Organisation beschlossen, unsere Arbeiter, soweit es uns möglich ist, aus eigener Kraft zu unterstützen. Wir zahlen das, was unseren Frauen an zehn Mark Wochenverdienst fehlt, aus unserer Tasche zu. Den Wochenlöhnern wird der volle Lohn gezahlt. Dauert der Krieg noch lange, so wird hierin allerdings eine Veränderung eintreten müssen.“

Die angeregte Konferenz bei dem Oberpräsidenten ist bereits nachgefolgt.

### Die freien Gewerkschaften in Deutschland während des Krieges.

#### V. Soziale Kriegsfürsorge.

Mit der Arbeitsbeschaffung für Kriegsverletzte ist die Fürsorge für diese und ihre Familien eng verknüpft. Gerade die Erwerbsbeschränkten werden bei allen Gelegenheiten auf den guten Willen und die Hilfe ihrer Arbeitskollegen angewiesen sein. Die Gewerkschaften haben nie einen Zweifel darüber gelassen, daß sie bereit sind, den Kriegsverletzten nach besten Kräften zu helfen, sie verlangen aber auch, zu den Stellen, welche sich offiziell mit der Kriegsverletztenfürsorge zu beschäftigen haben, hinzugezogen zu werden. Dieses Verlangen wird nicht nur deshalb gestellt, weil die Gewerkschaften keine Lust haben, sich in die Ecke stellen zu lassen, sondern auch im Interesse der Verletzten selbst. Beispielsweise kann bei der Berufsberatung und Umschulung, die eine so große Bedeutung bekommen werden, auf die Mithilfe der Arbeiterchaft nicht verzichtet werden. Was soll dabei herauskommen, wenn, wie es in einzelnen Bezirken beabsichtigt zu sein scheint, wohlwollende Damen und Herren der oberen Klassen als Berufsberater angenommen werden. Technische Ratsschläge können diese Herrschaften überhaupt nicht geben, und was die moralische Einwirkung anbetrifft, so wirkt ein vernünftiges und fröhliches Wort eines Klassen- und Berufsgenossen mehr als der schönste und wohlwollendste Zuspruch eines Angehörigen der oberen Klassen. Die Gewerkschaften haben überall ihre Mitarbeit angeboten und ihre Mitheranziehung verlangt. In Berlin ist auch bereits die Berufsberatung nach den Wünschen der Arbeiterorganisationen durchgeführt.

Welche Bedeutung man im allgemeinen der Mitwirkung der Gewerkschaften beilegt, geht auch daraus hervor, daß, als unter der Armee ein Aufruf gegen den außerehelichen Geschlechtsverkehr behufs Verhütung von Geschlechtskrankheiten verbreitet werden sollte, die Gewerkschaften gebeten wurden, den Aufruf zu unterzeichnen. Man sagte sich mit Recht, daß ein solcher Aufruf, von Vorgesetzten oder wissenschaftlichen Organisationen ausgehend, wenig Beachtung finden dürfte, daß aber derselbe Mahnruf, von Arbeiterorganisationen unterzeichnet, eine ganz andere Wirkung ausüben würde.

Zur Zeit der Abfassung dieses Artikels beschäftigten sich die freien Gewerkschaften mit der Frage der Anrechnung der Kriegsdienstzeit auf die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften. Diese Frage ist wegen der Anrechte auf Unterstützung sowohl für die Gewerkschaft als solche wie auch den einzelnen Kriegsteilnehmer von großer Bedeutung. Die Gewerkschaften haben selbstverständlich den Kriegsfall in ihren Satzungen nicht vorgesehen; so bietet es für die Verwaltungen gewisse Schwierigkeiten, das Interesse der Organisation und der Kriegsteil-

nehmer in ein richtiges Verhältnis zu bringen. Jedenfalls wird man aber bezüglich der Kriegsteilnehmer von einer strengen Durchführung der Satzungen, die die Kriegsteilnehmer im allgemeinen nur wie aktive Soldaten zu behandeln gestatten, Abstand nehmen.

Es dürfte überflüssig sein, im Rahmen dieses Artikels ausführlich auf die soziale Kriegsfürsorge der freien Gewerkschaften einzugehen, ebensowenig auf die Mitarbeit und die Anregungen bezüglich Lebensmittelversorgung. Daß viele Gewerkschaften an die Familien der eingezogenen Mitglieder Unterstützungen auszahlen, ist bereits angeführt. Dann wurden überall die Bestrebungen der ersten Zeit finanziell und durch Mitarbeit unterstützt, die auf eine Verringerung der Not unter den Kriegerfamilien und den Arbeitslosen hinwirkten. Teilweise wurden auch, zusammen mit den sozialdemokratischen Parteiorganisationen, eigene Einrichtungen, wie Beratungsstellen, Kinderbewahranstalten usw. ins Leben gerufen. Die Schritte, die die freien Gewerkschaften zusammen mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei bezüglich Lebensmittelversorgung unternommen und die Vorschläge, die sie diesbezüglich gemacht haben, sind durch die Presse genügend bekanntgeworden. Vieles von dem, was hier vorgebracht wurde und zunächst Widerstand fand, ist später doch durchgeführt worden und hat sich als nützlich und segensreich, nicht allein für die Arbeiterchaft, sondern für das ganze Volk erwiesen.

### Die deutsche Arbeiterversicherung im Jahre 1913.

#### I.

#### Die Krankenversicherung.

Die neugeschaffene Reichsversicherungsordnung hat auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung eine Reihe weitgehender Änderungen hervorgerufen, die besonders auch die Organisation der Krankenversicherung berührten. Seit 1912 sind bereits die Hilfskassen als Träger der Versicherung fortgefallen und mit Beginn des Jahres 1914 sind die Gemeindekranken- und Baukrankenstellen aufgehoben und die Landkrankenstellen neu eingeführt worden. Durch diese Änderungen wird die Vergleichbarkeit der Jahresstatistiken mit den früheren bis zum Jahre 1911 stark beeinträchtigt und erst mit der fortschreitenden Zeit wird dieser Mangel allmählich überwunden werden.

Die fünf Kassenarten, welche nach dem Ausscheiden der beiden Hilfskassen für die Statistik noch in Frage kommen, zählten 1913 zusammen 21342 (1912: 21659) Kassen, ihre Zahl ging gegen das Vorjahr um 317 zurück. Dagegen stieg die Zahl der Kassenmitglieder um 348 768. Es waren in allen Kassen 1913: 13 566 473 (13 217 705\*), darunter 4 127 401 weibliche Mitglieder vereinigt. Rechnet man zu dieser Zahl noch die 932 877 Personen hinzu, die 1912 den Knappschafftskassen angehörten (für 1913 liegen Angaben noch nicht vor), so ergibt sich, daß 1913 insgesamt rund 14 1/2 Millionen Personen gegen Krankheit versichert waren, das ist über ein Fünftel der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches. Nicht eingeschlossen sind hierbei die Mitglieder der Ersatzkassen, doch handelt es sich bei diesen Klassen wohl hauptsächlich um doppeltversicherte Personen.

Läßt man die Gemeindeversicherung, da sie jetzt nicht mehr besteht, außer Betracht, so haben die Betriebskrankenstellen mit 36,1 Proz. den größten Anteil an der Gesamtzahl der Kassen. Trotzdem bilden die Ortsstellen den überwiegendsten Bestandteil der Krankenversicherung, denn sie vereinigen mit 57 Proz. reichlich die Hälfte aller Mitglieder. Ihre Bedeutung drückt sich denn auch in der verhältnismäßig hohen Durchschnittsquote aus, die auf jede Kasse an Mitgliedern entfällt. Auf jede Ortskrankenstelle kommen im Durchschnitt 1654 und auf jede Betriebskrankenstelle 482 Mitglieder, während die Durchschnittsrate aller Kassen 635 Mitglieder beträgt.

Die Zahl der mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungsfälle steigerte sich von 5 633 956 im Vorjahre auf 5 710 251 im Jahre 1913. Das ist ein Mehr von 76 295 Fällen, das ungefähr der gestiegenen Mitgliederzahl entspricht. Auf je 100 Mitglieder kamen 1912 42,6 und 1913 42,1 Krankheitsfälle. Der Stand der Erkrankungsfälle ist demnach gegen das Vorjahr um ein geringes günstiger geworden. Das gleiche kann jedoch nicht von der Krankheitsdauer gesagt werden, hier ist eine Verschlechterung eingetreten. 1912 kamen auf je 100 Mitglieder 849 und 1913 865 Krankheitstage (Unterstützungstage). Die Dauer eines Erkrankungsfalles betrug im Durchschnitt 1912 19,9 und 1913 20,6 Krankheitstage.

Auch die Sterblichkeitsziffer stellt sich 1913 günstiger als im Vorjahre. Es sind 81 581 Sterbefälle zu verzeichnen, darunter 62 212 männlicher und 19 369 weiblicher Personen. Hierbei sind indes die Sterbefälle bei der Gemeindeversicherung nicht einbezogen, da diese keine Sterbeunterstützung gewährte. Auf je 100 Mitglieder kamen 1912 0,72, dagegen 1913 0,69 Sterbefälle.

Die Entwicklung der Krankenversicherung zeigt eine ständige Aufwärtsbewegung ihrer Leistungen. Die Krankheitskosten sind in einer fortgesetzten Steigerung begriffen, von 1912 bis 1913 ist die Erhöhung dieser Ausgaben sogar erheblich. Es betrug die Gesamtsumme an Krankheitskosten 390 686 552 Mk. (359 737 713 Mk.), sie machten 30 948 839 Mk. mehr aus als 1912. Der auf jedes Kassenmitglied entfallende Durchschnittsanteil an Krankheitskosten betrug von 27,22 Mk. im Jahre 1912 auf 28,80 Mk. im Berichtsjahre. Es wurden veranschlagt: für ärztliche Behandlung 93 941 390 Mk. (85 633 295 Mk.), für Arznei und Heilmittel 60 317 655 Mk. (54 706 040 Mk.), für Kur- und Verpflegungskosten in Heilanstalten 58 933 621 Mk. (53 553 500 Mk.), für Rehabilitationen 341 816 Mk. (307 475 Mk.), an Krankengeld 161 541 356 Mk. (150 398 441 Mk.), für Wöchnerinnen 7 578 774 Mk. (7 206 043 Mk.), und an Sterbegelder 8 031 940 Mk. (7 932 919 Mk.).

Die Gesamtausgaben der Krankenversicherung beliefen sich 1913 auf 515 746 575 Mk. (481 392 169 Mk.), darunter befinden sich 28 251 065 Mk. Ausgaben für die Verwaltung. Die Gesamteinnahmen betrugen 1913 539 327 974 Mk. (503 948 705 Mk.), die Vermögensbestände bezifferten sich auf 310 867 936 Mk. (307 231 994 Mk.) und in den Reservefonds waren vorhanden 285 915 198 Mk. (281 391 704 Mk.).

In die Statistik nicht mit einbezogen sind die Ersatz- und die Knappschafftskassen. Für letztere liegen die Angaben erst

\*) Die eingeklammerten Zahlen bedeuten die Vergleichszahlen des Jahres 1912.

für 1912 vor. Die Zahl dieser Kassen geht ständig zurück, 1912 bestanden 153, in welchen 932 877 Personen, darunter 13 221 weibliche, gegen Krankheit versichert waren. Es traten 539 276 Erkrankungsfälle ein, die zusammen 9 125 188 Krankheitstage ausmachten. Die Gesamtausgaben betrugen 40 972 614 Mk., darunter 38 931 254 Mk. an Krankheitskosten. Vereinnahmt wurden 47 452 620 Mk. und die Vermögensbestände bezifferten sich auf 31 511 679 Mk.

### Die Erfahrungen in der modernen Chirurgie.

#### I.

Bei Besichtigung eines Stappenlazarets führte Geheimrat Bayr, der bekannte Chirurg und Generalarzt der sächsischen Armee, aus:

Die Projektile, mit denen wir es bei Schußverletzungen zu tun haben, sind: das Infanteriegeschloß, die Schrapnellkugel, der Granatsplitter, die Bombensplitter und der Fliegerpfeil. Dazu kommen noch das sogenannte Dum-Dum-Geschloß, der Querschläger — wenn Geschosse die ursprüngliche Flugbahn verloren haben und in einer anderen Richtung als mit der Spitze aufschlagen — und endlich die indirekten Geschosse, wenn Teile der Kleidungsstücke, Münzen usw., Dinge, die der Soldat in der Tasche trägt, in den Körper getrieben werden. Die Geschosswirkung hängt ab von der Durchschlagskraft, Größe, Form, Material, Richtung und Ziel der Projektile; endlich von der Zahl, Festigkeit und dem Spannungszustande der getroffenen Organe.

Es ist wichtig zu wissen, daß das moderne französische Infanteriegeschloß aus relativ weichem Material gefertigt ist: seine Spitze verbiegt sich schon beim Auftreffen, bei einem Widerstande von einiger Konsistenz. Wenn das französische Geschloß auf einen Stein aufschlägt, schlägt es sich platt wie eine Schiffschraube. Die Schrapnellkugel ist aus Blei und naturgemäß noch weicher als das französische Infanteriegeschloß mit seiner Kupferlegierung und deformiert sich noch stärker. Granat- und Bombensplitter haben unberechenbare Formen.

Etwas ganz Neues, das zum erstenmal in diesem Kriege aufgetreten ist, ist der Fliegerpfeil. Er besteht aus einem bleifederstarken Stahlstab mit zugespitztem Schaft. Das hintere Ende ist vierkantig ausgeschliffen, so daß die Spitze schwerer ist als das Ende. Wenn ein Fliegerpfeil aus etwa 1500 Meter Flughöhe senkrecht zur Erde fällt, so erreicht er eine Geschwindigkeit von 200 Sekundenmetern. Diese Geschwindigkeit des Fliegerpfeiles entspricht der Geschwindigkeit der Büchsenkugel. Daraus ist zu entnehmen, daß diese Verletzungen schwer sind.

Wir unterscheiden seit altersher Presschüsse, wenn das Geschloß nicht in den Körper eindringt; Steckschüsse, wenn das Geschloß im Körper stecken bleibt und Durchschüsse, wenn das Geschloß durch einen Schußkanal den Körper wieder verläßt. Die Schädigung der Gewebe und der Organe hängt von einer Reihe von Zufälligkeiten ab. In früherer Zeit glaubte man, daß die Blutgefäße der Kugel ausweichen könnten. Das moderne Infanteriegeschloß durchschlägt die Blutgefäße glatt; auch kleine Arterien werden durchlocht, deren Durchmesser nicht größer ist als der eines Federkiesels. Infolgedessen muß man beim modernen Krieg mit einer weit größeren Zahl von Schlagaderverletzungen rechnen. Das moderne Infanteriegeschloß bahnt sich einen außerordentlich feinen Kanal durch den Körper, wenn es sich nicht um einen Querschläger handelt. Das bedingt eine große Gefahr, wenn Blutgefäße in der Tiefe des Körpers verletzt sind.

Sehr wichtig sind die Verletzungen der Knochen und Gelenke durch die moderne Schußwaffe. Auf nahe Entfernung werden die Knochen in viele Stücke zerlegt. Je größer die Entfernung, um so eher zeigt sich das Geschloß geneigt, ein Loch durch den Knochen zu schlagen und bloß ein paar Sprünge in der Umgebung dieses Loches zu verursachen. Die elfenbeinharten langen Röhrenknochen splintern auch noch auf sehr große Entfernungen, zum Beispiel 1600 bis 1800 Meter, während die schwammig gebauten Knochen, wie zum Beispiel das Kniegelenk, glatt durchschlagen werden. Das ist auch die Ursache, warum Gelenkschüsse relativ günstig verlaufen.

Die Wirkungen der Schußverletzungen sind Blutung, Schmerz, Schock, Verblümmelung und Tod. Dem Schmerz gegenüber kann der Arzt nicht gleichgültig sein. Die erste Verpflichtung des Arztes im Kriege ist, dem Verletzten möglichst bald die Wohltat der schmerzlindernden Mittel angedeihen zu lassen. Man ist bemüht, dem Verwundeten baldmöglichst eine Morphiuminjektion zu geben.

Die Kopfschüsse sind in dem modernen Kriege eine besondere Gefahr, weil der Soldat beim Schießen aus den Schützengräben notwendigerweise den Kopf hervorstrecken muß und daher leicht getroffen wird. Kopfschüsse zeigen zwei ganz voneinander getrennte Typen: den Durchschuß und den Einschuß, bei denen die Kugel direkt den Weg durch den Kopf nimmt oder in der Schädelduppe oder im Gehirn stecken bleibt und ferner den Tangential- oder Rinnenschuß, bei dem sich die Kugel eine Rinne oder einen Weg, in das Schädeldach pflegt. Die Tangentialschüsse müssen anders behandelt werden als die Einschüsse und Durchschüsse. Die losgelösten Knochen splitter bedingen fast ausnahmslos eine schwere Infektion. Tangentialschüsse werden durch Freilegung der Geschloßbahn behandelt, indem man Einschuß- und Auschlußöffnung miteinander verbindet und die Wunde offen behandelt.

Die meisten Halschüsse verlaufen günstig, trotzdem sich hier lebenswichtige Organe, als Blutgefäße, Nerven, Rückenmark, Speise- und Luftröhre, befinden. Sofern bei Verletzungen Luftröhre und Kehlkopf in Frage kommen, muß die Operation mit der größten Eile vorgenommen werden, um der Gefahr der Ersticken vorzubeugen.

Brustschüsse haben von allen Schüssen, die wir im modernen Kriege sehen, die besten Heilerfolge. Die Japaner sagten, daß ihre Leute mit einfachen Brustschüssen nach acht Tagen wieder an der Front waren. Nach unseren Erfahrungen in diesem Kriege sind Verletzte mit einfachen Brustschüssen, selbst wenn sie die Lunge durchschlagen haben, nach 10 bis 14 Tagen transportfähig. Wenn sie auch noch einige Tage danach Blut auskufen, leidet ihr Allgemeinbefinden darunter nicht. Wenn der Brustschuß Herz oder Brustschlagader getroffen hat, dann natürlich ist die Hilfe des Chirurgen zu spät. Soldaten mit diesen Schußverletzungen bekommen wir nicht mehr rasch genug vom Schlachtfelde. Während es im Frieden möglich ist, ein Projektil aus dem Herzen herauszunehmen und den Verletzten durch eine Herznaht zu retten, fällt diese Möglichkeit für den Kriegschirurgen fort. Jeden-

falls zeigen die modernen Geschosse eine größere Humanität der Kriegführung gegen die alten Bleigeschosse, und wenn bei Bruchschüssen die Rippen nicht verletzt werden, kann der Verwundete nach kurzer Zeit wieder felddienstfähig sein.

### Reir Hardie tot.

Der englische Sozialist Reir Hardie ist nach langem Leiden, gegen 60 Jahre alt, in Glasgow gestorben. Reir Hardie vertrat die Ansicht, daß der Trade Unionismus eine Ergänzung finden müsse durch politische Betätigung, und er forderte, daß diese Politik sich unabhängig halte von den beiden großen bürgerlichen Parteien. Schon 1888 machte er den Versuch zur Gründung einer politischen Arbeiterpartei. Er schlug fehl, aber immerhin wurde ein Jahr darauf unter Reir Hardies Regide die Schottische Arbeiterpartei gegründet, der dann 1893 die größere Unabhängige Arbeiterpartei folgte, jene Organisation, die in dem gegenwärtigen Kriege eine so beachtens- und rühmensewerte Rolle spielt. Von welchen Gedanken sich Reir Hardie leiten ließ, das geht am besten aus einer Resolution hervor, die er 1893 auf dem Gewerkschaftskongress von Belfast als Ergänzung zu einem Antrag von W. L. S. zur Schaffung eines Fonds für die Aufstellung selbständiger Arbeiterkandidaten einbrachte. Es hieß da:

„Der Kongress ist der Ansicht, daß es die Pflicht der Arbeiter-Abgeordneten ist, die Arbeiterforderungen ohne Rücksicht auf die Wünsche der übrigen Parteien im Parlament zu vertreten. Damit dies geschehen kann, müssen die Arbeitervertreter von der liberalen so gut wie von der konservativen Partei unabhängig bleiben, immer in Opposition zur Regierung stehen, bis sie bei den Wahlen in die Majorität kommen und so ans Staatsruder gelangen.“

Hinsichtlich des Krieges äußerte Hardie sich gegen die russische Regierung in dem Sinne, daß es für England eine der größten Gefahren sei, mit einer Nation verbündet zu sein, deren Vergangenheit und Gegenwart mit der Zivilisation und dem Fortschritt im Widerspruch stehe. Er protestierte gegen alle die Niederträchtigkeiten des blutig-grausamen Rußlands. — Der „Vorwärts“ bemerkte zu seinem Tode: „Reir Hardie starb zu ungelegener Zeit. Nie hatte die englische Arbeiterbewegung, nie hatte der Sozialismus der ganzen Welt mutige, klardenkende und tatkräftige Führer so nötig wie in diesem Augenblick. Der Krieg trennt uns räumlich von den englischen Proletariern, aber im Geiste stehen wir mit ihnen trauernd an der Bahre des gefallenen Streikers, der einer der besten war.“

### Aus der Bewegung in der Textilindustrie.

#### Ausland.

Italien. Hier sind wieder neue Streiks der Textilarbeiter ausgebrochen, weil ihre bescheidenen Lohnforderungen nicht bewilligt wurden. Es sollen 42 000 Arbeiter und Arbeiterinnen an den Ausständen beteiligt sein. — So berichteten wenigstens die Tagesblätter.

#### Soziales.

Unterstützung erwerbsloser Textilarbeiter. Das Reichsamt des Innern hat auf eine Anfrage, betreffend Beteiligung an der Unterstützung erwerbsloser Textilarbeiter, geantwortet, die Versorgung dieser Arbeiter füge sich ohne weiteres in den Rahmen der von den Kommunen eingerichteten und noch einzurichtenden kommunalen Fürsorge für Erwerbslose. Die Gemeinden seien in der Lage, in geordnetem Wege Beihilfen der Reichs- und Landesregierungen zu erlangen. Besondere Bestimmungen für die Textilarbeiter seien bis auf weiteres nicht in Aussicht genommen. Das Reichsamt des Innern werde selbstverständlich der Entwicklung dieser Angelegenheit sorgsame Beachtung zuwenden.

Abfindung beurlaubter verwundeter und kranker Mannschaften. Den aus dem Felde zurückgeführten verwundeten und kranken Mannschaften ebenso wie den kranken Mannschaften immobilier Formationen wird vielfach auf besonderen Antrag die Erlaubnis erteilt, sich zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit, zu Erntearbeiten usw. in Privatpflege bei Angehörigen usw. zu begeben. Diese Leute werden hinsichtlich ihrer Gehaltsverhältnisse ebenso behandelt wie die zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit beurlaubten Mannschaften. Sie haben daher für die ganze in Betracht kommende Zeit Anspruch auf die Löhnung ihres Dienstgrades nach den Sätzen mobiler oder immobilier Formationen sowie auf die Gewährung der Geldabfindung zur Selbstbeförderung. Für Angehörige mobiler Formationen beträgt diese ohne Unterschied des Dienstgrades 1,20 Mk. für den Kopf und Tag. Angehörige immobilier Formationen erhalten das Beförderungsgeld des Truppendienstes, dem sie zur Verpflegung zugeteilt sind. — Der Bundesrat scheint zu dem Beschluß des Reichstags, den Verpflegungsatz für die Dauer des Krieges ganz allgemein auf 1,20 Mk. pro Kopf und Tag festzusetzen, noch keine Stellung genommen zu haben.

### Genossenschaftliches.

Landwirtschaftliche Kreditgenossenschaften in Schweden. Seit einigen Jahrzehnten waren die schwedischen Gesetzgeber damit beschäftigt, eine Anstalt zur Beschaffung von Betriebskapital für Kleinbauern zu gründen. Erst im Jahre 1914 hatte diese Arbeit Erfolg: Ein Gesetz ist vom Reichstag angenommen, das landwirtschaftliche Betriebskreditgenossenschaften gestattet und ihre Tätigkeit reguliert. Diese Organisation soll aus sogenannten Lokalkassen bestehen, die sich dann in Zentralkassen vereinigen. Alle werden „mit beschränkter Haftung“ gegründet. Die Lokalkassen erhalten vom Staate zur Bestreitung der Verwaltung einen Beitrag während vier Jahre von zwei Kronen pro Mitglied und Jahr, während der nächsten sechs Jahre ein jedes Jahr eine Krone pro Mitglied. Eine Zentralkasse kann in den ersten zwei Jahren zur Bezahlung von Organisationskosten 2000 Kronen und 2000 Kronen Verwaltungskosten jährlich erhalten. Für jede Zentralkasse, die eingetragen ist, deponiert der Staat Staatsobligationen in der Reichsbank bis zu 100 000 Kronen, die den Gläubigern als Garantie der Zentralkasse gegenüber dient. Die hauptsächlichste Geldbeschaffung soll dadurch geschehen, daß die Zentralkassen von der Allgemeinheit Spar- und Depositengelder entgegennehmen dürfen, was aber den

Lokalkassen nicht gestattet ist. Jedes Mitglied einer Lokalkasse soll mit mindestens zehn Kronen pro Hektar beteiligt sein, und die Haftpflicht ist 150 Proz. vom Recht zur Anleihe. Jede Lokalkasse soll den Höchstbetrag beim Anleihen der Mitglieder bestimmen. Derselbe darf jedoch 75 Kronen nicht übersteigen, und die Haftpflicht beträgt demgemäß 112,50 Kronen. Die Einzahlung vom Anteilkapital betreffend sind bedeutende Erleichterungen gemacht, so daß nur für jeden zehnten Hektar ein Anteil gezeichnet werden soll, wobei für jeden Anteil eine Krone einzuzahlen ist. Später wird auf Anteil und Monat eine Krone gezahlt.

Das sind die hauptsächlichsten Bestimmungen dieses genossenschaftlichen Zweiges; man erhofft davon gute Wirkung auf die Konsumvereine. Die Staatsbehörden werden dafür sorgen, daß erfahrene Leute zur Verwaltung der Kassen gewählt werden, was auch den Konsumvereinen zum Nutzen sein wird. Durch geordnete Kreditverhältnisse erhöht sich nämlich die Kaufkraft der Bauern, und durch ihre genossenschaftliche Betätigung finden sie bald, daß diese Kaufkraft im Konsumverein größeren Wert hat als beim Kleinhändler.

### Aus Handel und Industrie.

C. T. I. Japan als Mitbewerber im internationalen Baumwollgewerbe. Die letzten Berichte vom amerikanischen Baumwollmarkt melden sehr bedeutende Baumwollankäufe von Seiten Japans. Die Tatsache wird den aufmerksamen Beobachter nicht überraschen, denn es ist offenkundig, daß seit Kriegsbeginn und auch schon vorher die japanische Baumwollindustrie gewaltig erstarkt ist. Aus sicherer Quelle verlautet, daß die Zahl der Baumwollspindeln, die im Jahre 1914 rund 2 415 000 betrug, jetzt um mindestens 1/2 Million vermehrt worden ist, und daß auch die Webstühle um mehr als 3000 verstärkt worden sind. Dadurch, daß der Betrieb in Japan hauptsächlich mit weiblichen Arbeitskräften besorgt wird (nach der neuesten Fählung gab es 144 000 weibliche gegen 26 000 männliche Arbeiter), hat es die japanische Baumwollindustrie verstanden, durch billige Angebote den Wettbewerb anderer Länder besonders in Schirtings immer mehr auszuhalten. Sehr beträchtlich ist die Steigerung des direkten Ausfuhrgeschäftes in baumwollenen Flanellen nach China und Hongkong. Man berechnet, daß die Ausfuhr in diesem Artikel beinahe die Hälfte der Erzeugung ausmacht. Es ist auch beachtenswert, daß die japanischen Webereien jetzt Belvets, die fast ausschließlich von Deutschland und England bezogen wurden, herzustellen beginnen. Selbst die Ausfuhr nach Indien, die im Verhältnis noch recht unbedeutend war, weist eine Steigerung der Fählung auf, ja es gibt sogar optimistische japanische Baumwollfabrikanten, welche schon von einem bevorstehenden großen Ausfuhrgeschäft nach Europa träumen.

C. T. I. Die fortgesetzten Preistreiberien auf den Seidenmärkten beginnen nachgerade die Aufmerksamkeit der beteiligten Kreise in allen europäischen Ländern hervorzurufen. Wenn man auch zugibt, daß der Ausfall der diesjährigen Cocons-ernte in China, ebenso in Europa, ein beträchtlicher sein wird und außerdem die Unterbrechung der Zufuhren aus der Levante, die eine Verminderung der greifbaren Mengen von rund 3 Millionen Kilogramm beträgt, in Betracht zieht, so glaubt man dennoch, daß der Zweig die fortwährende Steigerung der Preise nicht verträgt. Seidenwaren stellen einen Luxusartikel dar, welcher durch die infolge des Krieges hervorgerufene Verteuerung der Lebenshaltung weiter Volkstheile noch weniger als sonst gekauft wird, und daß deshalb eine weitere Verteuerung, die durch die Erhöhung der Herstellungskosten entstanden ist, nicht gerechtfertigt erscheint. Man ist sich darüber einig, daß die Erhöhung der Seidenwarenpreise über den jetzigen Stand hinaus ernste Gefahren für die gesamte europäische Seidenindustrie in sich birgt und sie nötigen kann, die schon heute bestehenden Betriebsbeschränkungen noch weiter zu verstärken, und dieses um so mehr, da die Vorgänge in der amerikanischen Seidenindustrie, welche sich tatsächlich als Bestrebungen kennzeichnen, den amerikanischen Markt von Europa vollständig unabhängig zu machen, schon allein zur größten Vorsicht mahnen müssen.

### Vermischtes.

Die zwölf größten Seehäfen der Welt. Das amerikanische „Bureau of Foreign and Domestic Commerce“ hat in der neuesten Ausgabe des weltstatistischen Jahrbuches „The World 1913“ eine Tabelle über die Reihenfolge der zwölf größten Seehäfen der Welt aufgestellt, die nach der „Deutschen Ind. Korresp.“ folgende Ziffern enthält:

Hafenplatz	Jahr	Eing. To.	Ausg. To.
Newyork	1912	13,6 Mill.	13,5 Mill.
Antwerpen	1911	13,3	13,5
London	1911	11,9	9,0
Hamburg	1911	11,8	11,9
Rotterdam	1911	11,1	10,8
Hongkong	1910	10,5	10,5
Schanghai	1911	9,1	9,4
Marseille	1910	8,1	8,1
Singapore	1911	7,8	6,8
Colombo	1911	7,1	7,1
Cardiff	1911	5,5	8,3

Demnach sind zurzeit New York und Antwerpen die beiden größten Hafenplätze der Welt, London und Hamburg folgen erst an dritter bzw. vierter Stelle.

### Berichte aus Fachreisen.

Bremen. Die Arbeitslosenkontrolle erfolgt täglich vormittags von 9—10½ Uhr im Bureau, Lohdstr. 136. Für alle anderen Angelegenheiten ist das Bureau abends von 6½—8½ Uhr geöffnet. Es wird gebeten, dies beachten zu wollen und die angegebenen Zeiten innezuhalten.

### Literatur.

Vom „Wahren Jakob“ ist soeben die 20. Nummer des 32. Jahrgangs erschienen. Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. S. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

Von der Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 1 des 26. Jahrgangs zugegangen. Die Gleichheit erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer

10 Pf. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mk.

### Herbst 1915.

Steht manches Auge wohl groß auf in das Grau,  
Das milde Grau, das leise nun schon  
Im Frühherbsttag die Wälder umhängt . . .  
Mag sein, daß wo ein Lied anfängt  
In stiller Landschaft, daß verloren ein Ton  
Dem Mund entflieht einer einsamen Frau —

Ist stille Zeit . . . Und ernstes Bedenken;  
Und zwischen Gärten und Parks verriint  
Die Stunde (so leise) wie schmerzlicher Traum.  
Dahinter — hinter dem grünen Saum  
Der Büsche — ist Weite, und Raum beginnt,  
Wo sich endlose Himmel aufs Blachfeld senken.

Das deutsche Land liegt ernst und verschwiegen.  
Und weiße Herbstsonne leuchtet noch mild.  
O einsame Felder, vom Herbst umweht,  
Wo manches einsame Auge steht  
In den Himmel, in die Ferne — und schaut ein Bild  
Gewaltig — unsre Brüder, die fallen und siegen . . .

Mag sein, daß wo ein Lied anfängt,  
Ein deutsches Lied, ernst, schön und treu,  
Und doch vom Ende in Schweigen sich senkt.

Mag sein, daß auf einsamer Wegen  
Verträumte einsame Trauer und Warten  
In die schweigende ernste Landschaft legen . . .

Nun hängt es grau und blau überm Land,  
Von Sonne durchschienen — und ganz sanft weht  
Erstes Laub in den Staub, in den Sand . . .

Mag sein, — der vielen Einsamen geht  
Eine durchs Land; ihr Auge steht  
Groß in die Ferne; — ein Vogel zieht  
Fernihin; — durch den Sinn weht ein Lied ihr, ein Lied.  
Abschiedslied, Kriegerlied — o so fern, und verweht,  
verhaucht

Und die Ferne ist tief ins Grau getaucht,  
Die Ferne, die vor den Schlachten hängt,  
Wie ein Vorhang, dahinter das Spiel anfängt —  
Das Spiel . . .

Karl Röttger. („Frankf. Ztg.“)

### Berichtigung.

Die Ueberschrift zu der in voriger Nummer veröffentlichten Tabelle muß heißen: Feuerungs- resp. Kriegszulagen im Gau Augsburg.

### Quittung.

Im September gingen bei dem Unterzeichneten ein aus Guben 40,25 Mk.  
Paul Wagener, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 III.

## Verbandsanzeigen.

### Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 10. Oktober, ist der

41. Wochenbeitrag fällig.

### Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Apolda. Anna Sonnenfchein, 45 J., Unterleibschleiden. Christiane Schwabe, 30 J., Schlaganfall. Grimmitzschau. Bruno Lange, 49 J., Frankenhäuser, 49 J., Wappler, Gabelsz, 58 J. Greiz. Luise Geher, Pohlitz, Weberin, Schlaganfall. Limbach i. Sa. Helene Meißner, 41 J., Wasserjucht. Neustadt (Orla). Otto Meißgeier, 26 J., Lungenkrankheit. Reichenbrand. Leonhard Müller, 68 J., Verkalkung.

Im Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitglieder.

Apolda. Otto Dietrich, Raschler, 25 J., Ernst Müller, Raschler, 21 J., August Rehbold, Raschler, 29 J., Max Hubel, Strider, 22 J. Barmen. Ernst Engelhardt, Niemendreher, 40 J., Adolf vom Bauer, Seidenbandwirker, Lichtenplatz, 30 J., Friedrich Nähr, Wäschebandwirker, Lanckerfeld, 30 J., Eugen Korte, Wäschebandwirker, 36 J., Karl Martin, Wäschebandwirker, 33 J., Gustav Wallrabenstein, Modewandwirker, 29 J., Otto Melcher, Gummibandwirker, 33 J., Fritz Möller, Niemendreher, 21 J. Bursfelde. Mag. Loß, Wirker, 36 J. Chemnitz. Johann Krappmann, Andreher, 27 J. Grimmitzschau. Gustav Adolf Simon, 34 J. Elberfeld. Friedrich Edgold, Fabrikarbeiter, 27 J., Walter Schäfer, Niemendreher, 23 J., Paul Vogel, Fabrikarbeiter, 21 J. Erlangen. Mathäus Nehla, Weber, 29 J.

Frankenber. Otto Hfemann, Teppichweber, 29 J., Alfred Müller, Färbereiarbeiter, 29 J., Otto Schier, Mühlbach, Färbereiarbeiter, 26 J. Gelsenau. Adolf Neubert, 23 J., Alfred Gähnel, Jahnshach, 24 J. Langenbisslau. Emil Beck, Weber, 35 J. Limbach i. Sa. Karl Schröder, 35 J., Gustav May, Lauscher, Oberrohna, 27 J., Johannes Pohlars, Langenberg b. Hohenstein-E., 31 J., Paul Georgi, Langenberg b. Hohenstein-E., 30 J. Lobberich. Herm. Rüttau, Weber, 25 J. Neustadt (Orla). Paul Rehe, Weber, 34 J. Oelsnit i. S. Paul Wollner, Weber, 24 J., Max Schnabel, Weber, 28 J., Willy Schneider, Weber, Lauterbach, 27 J., Adolf Kern, Weber, 22 J., Walter Dölling, Weber, 23 J., Kurt Hertel, Sticker, 22 J., Fritz Kühn, Weber, Schönbrunn, 22 J., Albin Rudert, Weber, Voigtsberg, 22 J., Otto Röß, Fabrikarbeiter, Raschau, 18 J., Willy Gerbeth, Weber, Schönbrunn, 21 J., Heinrich Proschke, Weber, Adorf, 36 J., Hans Leimbach, Weber, 36 J., Willy Martin, Weber, Lauterbach, 23 J., Artur Schneider, Sticker, Voigtsberg, 22 J. Oppach. Max Domische, 35 J. Otrich. Gustav Schmidchen, 38 J. Reichenbrand. Georg Neubert, 35 J. Stuttgart-Feuerbach. Adolf Widmann, 21 J.

Chre ihrem Andenken!

Zusammenkünfte.

Mitglieder-Versammlungen.

Sonnabend, 16. Okt.

Langensalza. Schlotheim.

Zahlstellen und Zahltermine.

Rowawes. Jeden Freitag, abends von 8—9 Uhr, bei Gienke, Wallstr. 55.

Redaktionsluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 9. Oktober

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit  $\square$  versehenen Artikel Hermann Krähig, für alles andere Paul Wagener. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.